

Karlsruhe, den 18. Januar 1939.

Nr. 10190.

vertraulich!

Judenfrage und Denunziantentum.

Landeskommissar
Stabschef
30 JAN 1939
Personalamt

nicht zur Veröffentlichung geeignet!

An die Herren Landräte.

Generalfeldmarschall Göring hat als Beauftragter für den Vierjahresplan bei Erörterung der von ihm angeordneten und geplanten Maßnahmen zur wirksamen legalen Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft und zum Einsatz des jüdischen Vermögens für die Zwecke des Vierjahresplans unter anderem zur Sprache gebracht, wie in letzter Zeit beobachtet worden sei, dass deutsche Volksgenossen um deswillen denunziert wurden, weil sie früher einmal in jüdischen Geschäften gekauft, bei Juden gewohnt oder sonst mit Juden in geschäftlicher Beziehung gestanden haben.

Bei aller Notwendigkeit einer geordneten Aufklärung des Volkes über die Dringlichkeit der allgemeinen Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft bedeute das Ausspionieren und Denunzieren solcher oft lange zurückliegenden Vorgänge einen nach jeder Richtung unerfreulichen Mißstand, der insbesondere geeignet sei, die zur Durchführung des Vierjahresplans unbedingt erforderliche gleichmässige und störungslose Anspannung aller deutschen Menschen für produktive lebenswichtige Aufgaben des deutschen Volkes zu erschweren. Der Generalfeldmarschall wünscht daher, dass diesem Unwesen nach Kräften Einhalt getan wird.

Auf Anordnung des Reichsministers des Innern gebe ich hiervon Kenntnis mit dem Ersuchen, diese Weisung des Generalfeldmarschalls Göring zur Geltung zu bringen und die Gemeinden entsprechend zu unterrichten.

Von einer Veröffentlichung dieses Runderlasses ist abzusehen.

Abdrucke zur Verständigung der Gemeinden sind angeschlossen.

- II. Nachricht hiervon den Herren Polizeipräsidenten und Polizeidirektoren.
- III. Nachricht hiervon den Herren Landeskommissären mit dem Ersuchen, die Kreise und Stadtkreise zu verständigen.

Jm Auftrag




Stadtkreis 1/Post 2 1620